

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Mai 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Zielsetzung

Das z.Zt. im Verhältnis zur Russischen Föderation noch weitergeltende, mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossene Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung vom 24. November 1981 war durch die in der Russischen Föderation eingetretenen politischen, wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Entwicklungen überholt und mußte, um seinen Zweck auch weiterhin zu erfüllen, durch einen neuen Vertrag an die zwischenzeitlichen Entwicklungen angepaßt werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 29. Mai 1996 enthält die dafür notwendigen Regelungen. Es entspricht im wesentlichen dem OECD-Musterabkommen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 27. 09. 96

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine wesentlichen Auswirkungen.

E. Sonstige Kosten

Keine Auswirkungen.

16. 08. 96

Fz

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 29. Mai 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (432) – 521 05 – Do 97/96

Bonn, den 16. August 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Mai 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Dr. Klaus Kinkel

Fristablauf: 27. 09. 96

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Abkommen vom 29. Mai 1996
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Vom

Der Deutsche Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Moskau am 29. Mai 1996 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tag wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 sowie das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung – wie schon bisher – in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Die Änderung des bisherigen Rechtszustands durch die Revision des bisherigen Abkommens kann zu Mehr- oder Mindereinnahmen bei den vom Abkommen betroffenen Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden führen. Die Höhe dieser Mehr- oder Mindereinnahmen läßt sich nicht schätzen. Steuermindereinnahmen in gewissen Bereichen dürften allerdings insbesondere durch Steuerverzichte der Russischen Föderation weitgehend ausgeglichen werden. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind deshalb nicht zu erwarten.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Russischen Föderation
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Соглашение
между Федеративной Республикой Германия
и Российской Федерацией
об избежании двойного налогообложения
в отношении налогов на доходы и имущество**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Russische Föderation –

Федеративная Республика Германия
и
Российская Федерация,

vom Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen –

руководствуясь желанием заключить Соглашение об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество,

sind wie folgt übereingekommen:

согласились о нижеследующем:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die nach dem Steuerrecht jedes der Vertragsstaaten zu entrichten sind.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten die Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern auf Einkünfte aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

Статья 2

**Налоги,
на которые распространяется Соглашение**

1. Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и имущество, подлежащим уплате в соответствии с налоговым законодательством каждого из Договаривающихся Государств, независимо от способа их взимания.

2. Налогами на доходы и имущество считаются налоги, устанавливаемые на совокупный доход, совокупное имущество или на части дохода или имущества, включая налоги с доходов от отчуждения движимого или недвижимого имущества.

3. К действующим в настоящее время налогам, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, в частности, относятся:

a) in der Russischen Föderation:

die Gewinnsteuer der Unternehmen und Organisationen,
die Einkommensteuer von natürlichen Personen,
die Vermögensteuer der Unternehmen und
die Vermögensteuer der natürlichen Personen,
im folgenden als „russische Steuer“ bezeichnet;

b) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer,
die Gewerbesteuer und
der Solidaritätszuschlag,
im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, soweit erforderlich, die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Russische Föderation (Rußland) oder die Bundesrepublik Deutschland einschließlich ihrer Hoheitsgebiete sowie der ausschließlichen Wirtschaftszonen und der Festlandssockel;
- b) bedeutet der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen und alle anderen Gebilde, die für die Besteuerung wie eine Körperschaft behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, gewerbliche Tätigkeiten, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ausgeübt werden, oder gewerbliche Tätigkeiten, die von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person ausgeübt werden;
- e) bedeutet der Ausdruck „internationaler See- und Luftverkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf Seiten der Russischen Föderation das Ministerium der Finanzen der Russischen Föderation oder eine von ihm ermächtigte Behörde und auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder eine von ihm ermächtigte Behörde.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ jede Person, die nach

a) в Российской Федерации:

налог на прибыль предприятий и организаций;
подоходный налог с физических лиц;
налог на имущество предприятий и
налог на имущество физических лиц,
далее именуемые „российские налоги“;

b) в Федеративной Республике Германия:

подоходный налог;
налог с корпораций;
налог на имущество;
промышленный налог и
налоговая надбавка в поддержку солидарности,
далее именуемые „германские налоги“.

4. Настоящее Соглашение применяется также к любым подобным или по существу аналогичным налогам, которые будут устанавливаться после даты подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга по мере необходимости об изменениях в их налоговых законодательствах.

Статья 3

Общие определения

1. Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

- a) выражения „Договаривающееся Государство“ и „другое Договаривающееся Государство“ означают, в зависимости от контекста, Российскую Федерацию (Россию) или Федеративную Республику Германия, включая их территории, а также исключительные экономические зоны и континентальные шельфы;
- b) термин „лицо“ означает физические лица, компании и любые другие объединения лиц;
- c) термин „компания“ означает юридические лица и любые другие образования, которые для целей налогового обложения рассматриваются как корпоративные;
- d) выражения „предприятие Договаривающегося Государства“ и „предприятие другого Договаривающегося Государства“ означают предпринимательскую деятельность, которую осуществляет резидент одного или соответственно другого Договаривающегося Государства;
- e) выражение „международные морские и воздушные перевозки“ означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием одного Договаривающегося Государства, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договаривающемся Государстве;
- f) выражение „компетентный орган“ означает применительно к Российской Федерации Министерство финансов Российской Федерации или уполномоченный им орган, а применительно к Федеративной Республике Германия – Федеральное министерство финансов или уполномоченный им орган.

2. При применении Договаривающимся Государством настоящего Соглашения любой не определенный в Соглашении термин, если из контекста не вытекает иное, имеет то значение, которое придается ему законодательством этого Государства в отношении налогов, на которые распространяется действие настоящего Соглашения.

Статья 4

Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения выражение „резидент Договаривающегося Государства“ означает любое ли-

dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes der Gründung als juristische Person durch Registrierung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Kriteriums steuerpflichtig ist. Dieser Ausdruck umfaßt jedoch nicht Personen, die in diesem Staat nur in bezug auf Einkünfte aus Quellen in diesem Staat oder in bezug auf in diesem Staat gelegenes Vermögen steuerpflichtig sind.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) behandelt jeder der Vertragsstaaten sie als seinen Staatsangehörigen oder betrachtet keiner der Vertragsstaaten sie als solchen, so entscheiden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten diese Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt diese in dem Vertragsstaat als ansässig, in dem sich ihre tatsächliche Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 **Betriebsstätte**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer 12 Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

зо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основе своего местожительства, своего постоянного местопребывания, места своей регистрации в качестве юридического лица, места нахождения своего руководящего органа или иного аналогичного критерия. Указанное выражение не распространяется, однако, на лиц, которые подлежат налогообложению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении имущества, расположенного в этом Государстве.

2. В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, действуют следующие положения:

- a) лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом того Государства, в котором оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
- b) в случае, если Государство, в котором лицо имеет центр жизненных интересов, не может быть определено, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом того Государства, в котором оно обычно проживает;
- c) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом того Государства, гражданином которого оно является;
- d) если каждое из Договаривающихся Государств рассматривает лицо в качестве своего гражданина или если ни одно из Договаривающихся Государств не считает его таковым, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию.

3. В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи лицо, иное чем физическое лицо, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположен его фактический руководящий орган.

Статья 5 **Постоянное представительство**

1. Для целей настоящего Соглашения выражение „постоянное представительство“ означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое деятельность предприятия осуществляется полностью или частично.

2. Выражение „постоянное представительство“, в частности, включает:

- a) место управления;
- b) отделение;
- c) контору;
- d) фабрику;
- e) мастерскую и
- f) рудник, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место добычи природных ресурсов.

3. Строительная площадка или монтажный объект являются постоянным представительством только в случаях, если продолжительность их деятельности превышает 12 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, следующие виды деятельности не рассматриваются как осуществляемые через постоянное представительство:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Rechts für Grund und Boden gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf

- a) содержание объектов исключительно для целей хранения, демонстрации или поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;
- b) содержание запасов изделий и товаров, принадлежащих предприятию, исключительно для целей хранения, демонстрации или поставки;
- c) содержание запасов изделий или товаров, принадлежащих предприятию, исключительно для целей их обработки или переработки другим предприятием;
- d) использование постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей закупки для предприятия изделий или товаров или сбора информации для него;
- e) использование постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей осуществления для предприятия любых других видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;
- f) использование постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей осуществления деятельности, перечисленной в подпунктах а) - е) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого совокупная деятельность этого постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 6 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договариваемом Государстве полномочия на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет указанные полномочия в этом Государстве, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как имеющее постоянное представительство в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное представительство.

6. Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное представительство в Договариваемом Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

7. Тот факт, что компания, являющаяся резидентом одного Договариваемого Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договариваемого Государства или осуществляет в нем свою деятельность (либо через постоянное представительство, либо иным образом), сам по себе не означает, что одна из этих компаний превращается в постоянное представительство другой.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договариваемого Государства от недвижимого имущества (включая доходы от сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договариваемом Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Выражение „недвижимое имущество“ имеет то значение, которое оно имеет по законодательству того Договариваемого Государства, в котором расположено данное имущество. Это выражение в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются по-

veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Gewinn aus gewerblicher Tätigkeit

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte sind die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, abzugsfähig, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat in besonders gelagerten Fällen unmöglich oder mit unzumutbaren Schwierigkeiten verbunden ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne nach Absatz 2 zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in den anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

ложения земельного законодательства, usufrukt недвижимого имущества и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных запасов, источников и других природных ресурсов. Морские, речные и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи также применяются к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, используемого для осуществления деятельности по оказанию независимых личных услуг.

Статья 7

**Прибыль от
предпринимательской деятельности**

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства может облагаться налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное представительство. Если предприятие осуществляет свою деятельность вышеуказанным образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая может быть отнесена к этому постоянному представительству.

2. В случае, если предприятие одного Договаривающегося Государства осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное представительство, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному представительству относится прибыль, которую оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным предприятием и полностью независимым от предприятия, постоянным представительством которого оно является.

3. При исчислении прибыли постоянного представительства расходы, понесенные для нужд такого постоянного представительства, включая управленческие и общеадминистративные расходы, подлежат вычету независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором расположено постоянное представительство, или где-либо в другом месте.

4. Если в Договаривающемся Государстве в исключительных случаях не представляется возможным определять прибыль, относящуюся к постоянному представительству, в соответствии с положениями пункта 2 настоящей статьи, или если это связано с чрезвычайными трудностями, то пункт 2 настоящей статьи не исключает возможности определять прибыль, относящуюся к постоянному представительству, посредством распределения общей суммы прибыли предприятия по его различным подразделениям; выбранный способ распределения прибыли должен, однако, соответствовать по своим результатам принципам настоящей статьи.

5. Никакая прибыль не относится к постоянному представительству на основании лишь закупки им изделий или товаров для предприятия.

6. При применении положений предыдущих пунктов настоящей статьи прибыль, относящаяся к постоянному представительству, каждый год должна быть исчислена одним и тем же методом, если только не имеется достаточных причин для его изменения.

7. Если прибыль включает доходы, рассматриваемые в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих других статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Artikel 8**Einkünfte aus internationalem See- und Luftverkehr**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen See- und Luftverkehr können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden. Satz 1 findet entsprechende Anwendung auf Einkünfte aus dem Betrieb von Binnenschiffen.

(2) Absatz 1 gilt auch für Einkünfte aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dient), sofern die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung dem Betrieb von Seeschiffen, Binnenschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen See- und Luftverkehr zuzuordnen ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9**Gewinnkorrektur**

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10**Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf dabei aber nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Grund- oder Stammkapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und dieser Kapitalanteil mindestens 160 000 DM oder den entsprechenden Wert in Rubeln beträgt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien einschließlich Kuxen, Genußrechten oder Genußscheinen, Gründeranteilen oder anderen Rechten

Статья 8**Доходы от международных морских и воздушных перевозок**

1. Доходы резидента Договаривающегося Государства от эксплуатации морских или воздушных судов в международных морских и воздушных перевозках могут облагаться налогом только в этом Договаривающемся Государстве. Это положение применяется соответственно в отношении доходов от эксплуатации речных судов.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также в отношении доходов от использования, содержания или сдачи внаем контейнеров (включая трейлеры и сопутствующее оборудование для контейнерного транспорта), если такие использование, содержание или сдача внаем относятся к эксплуатации морских, речных или воздушных судов в международных морских и воздушных перевозках.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи также распространяются на доходы от участия в пуле, в совместной деятельности или в международной организации по эксплуатации транспортных средств.

Статья 9**Корректировка прибыли**

В случае, если:

- a) предприятие одного Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства или
- b) одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия одного Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства

и в указанных случаях оба предприятия в их коммерческих или финансовых отношениях обязаны соблюдать согласованные или возложенные на них условия, отличающиеся от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то прибыль, которая могла бы быть получена одним из предприятий без таких условий, но не была получена в силу этих условий, может быть отнесена к прибыли данного предприятия и соответственно обложена налогом.

Статья 10**Дивиденды**

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом одного Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, в соответствии с его законодательством. Налог при этом, однако, не должен превышать:

- a) пяти процентов валовой суммы дивидендов, если лицом, фактически обладающим правом собственности на них, является компания, которая непосредственно располагает по меньшей мере десятью процентами уставного или складочного капитала выплачивающей дивиденды компании, и эта доля участия в капитале составляет не менее чем 160 000 немецких марок или эквивалентную сумму в рублях;
- b) пятнадцати процентов от валовой суммы дивидендов во всех остальных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении прибыли, из которой выплачиваются дивиденды.

2. Употребляемый в настоящей статье термин „дивиденды“ означает доходы по акциям, в том числе акциям горнодобывающей промышленности, по правам или сертифика-

– ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in diesem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in diesem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in diesem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können – wenn diese Person die Nutzungsberechtigte ist – nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst in Person seiner Behörden, einer seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder

там на участие в прибыли, учредительским паям или другим, за исключением долговых требований, правам на участие в прибыли, а также прочие доходы, которые по законодательству Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль, приравниваются в налоговом отношении к доходам по акциям.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если резидент одного Договаривающегося Государства, фактически обладающий правом собственности на дивиденды, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с таким постоянным представительством или такой постоянной базой. В таком случае применяются соответственно положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

4. В случае, если компания, являющаяся резидентом одного Договаривающегося Государства, получает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией (за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с расположенными в этом другом Государстве постоянным представительством или постоянной базой), ни облагать прибыль такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоят из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Статья 11

Проценты

1. Проценты, возникающие в одном Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в этом другом Государстве, если этот резидент фактически обладает правом собственности на проценты.

2. Употребляемый в настоящей статье термин “проценты” означает доходы от долговых требований любого вида, включая и случаи, когда требования обеспечены залоговым правом на земельные участки или содержат право на участие в прибыли должника, и, в частности, доходы по государственным займам и облигациям, включая премии и выигрыши по выигрышным займам. Пени за несвоевременную выплату не считаются процентами для целей настоящей статьи.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если резидент одного Договаривающегося Государства, фактически обладающий правом собственности на проценты, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором они возникают, через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и долговое требование, по которому выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному представительству или такой постоянной базе. В таком случае применяются соответственно положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

4. Считается, что проценты возникают в Договаривающемся Государстве, если их плательщиком является само это Государство в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, или резидент этого Государства. Если, однако, плательщик процен-

nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen beiden und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in diesem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Aufzeichnungen auf Band oder anderen Trägern zur Verwendung in Rundfunk- und Fernsehübertragungen oder anderer Mittel der Informationsvervielfältigung und -verbreitung und Computer-Programmen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Die Vorschriften dieses Artikels sind auch auf Zahlungen für technische Dienstleistungen anzuwenden, wenn diese Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren oder Ausrüstungen oder der Überlassung von Rechten beziehungsweise der Mitteilung von Erfahrungen im Sinne des Absatzes 2 erbracht werden.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

тов, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное представительство или постоянную базу, и если задолженность, по которой выплачиваются проценты, образовалась для нужд постоянного представительства или постоянной базы, и если расходы по выплате процентов несут постоянное представительство или постоянная база, то считается, что проценты возникают в том Государстве, в котором расположены постоянное представительство или постоянная база.

5. Если вследствие особых отношений между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на проценты, или между ними обоими и каким-либо третьим лицом сумма процентов, относящаяся к долговому требованию, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на проценты, при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом других положений настоящего Соглашения.

Статья 12 Авторские вознаграждения и лицензионные платежи

1. Авторские вознаграждения и лицензионные платежи, возникающие в одном Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в этом другом Договаривающемся Государстве, если получатель авторских вознаграждений и лицензионных платежей фактически обладает правом собственности на них.

2. Употребляемое в настоящей статье выражение „авторские вознаграждения и лицензионные платежи“ означает вознаграждения любого вида, которые выплачиваются за использование или за предоставление права использования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, записи на пленку или другие носители для использования в радио- и телевизионных передачах, или другие средства воспроизведения и распространения информации, компьютерные программы, за патенты, торговые знаки, чертежи или модели, схемы, секретные формулы или технологии, или за использование либо за предоставление права использования промышленного, коммерческого или научного оборудования, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта.

3. Положения настоящей статьи применяются также к платежам за оказание технических услуг, если эти услуги оказываются в связи с продажей товаров или оборудования, а также в связи с передачей прав или передачей информации, касающейся опыта в соответствии с положениями пункта 2 настоящей статьи.

4. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если резидент одного Договаривающегося Государства, фактически обладающий правом собственности на авторские вознаграждения и лицензионные платежи, в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают такие платежи, осуществляет предпринимательскую деятельность через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых выплачиваются авторские вознаграждения и лицензионные платежи, реально связаны с таким постоянным представительством или такой постоянной базой. В таком случае применяются соответственно положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst in Person seiner Behörden, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen beiden und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Einkünfte aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Einkünfte aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Einkünfte, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen See- und Luftverkehr betrieben werden, von Binnenschiffen und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Transportmittel dient, können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Einkünfte aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Einkünfte aus selbständiger Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können im anderen Vertragsstaat nur dann besteuert

5. Считается, что авторские вознаграждения и лицензионные платежи возникают в Договариваемом Государстве, если их плательщиком является само это Государство в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, или резидент этого Государства. Если, однако, плательщик авторских вознаграждений и лицензионных платежей, независимо от того, является ли он резидентом Договариваемого Государства или нет, имеет в Договариваемом Государстве постоянное представительство или постоянную базу, и если обязательство выплачивать такие авторские вознаграждения и лицензионные платежи было принято для нужд постоянного представительства или постоянной базы, и если постоянное представительство или постоянная база несут расходы по выплате авторских вознаграждений и лицензионных платежей, то считается, что такие платежи возникают в том Государстве, в котором расположены постоянное представительство или постоянная база.

6. Если вследствие особых отношений между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на авторские вознаграждения и лицензионные платежи, или между ними обоими и каким-либо третьим лицом сумма этих платежей, исходя из объема соответствующих услуг, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на эти платежи, при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом других положений настоящего Соглашения.

Статья 13

Доходы от отчуждения имущества

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договариваемого Государства от отчуждения недвижимого имущества, которое расположено в другом Договариваемом Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Доходы от отчуждения движимого имущества, представляющего собой активы постоянного представительства, которое предприятие одного Договариваемого Государства имеет в другом Договариваемом Государстве, или относящегося к постоянной базе, которой располагает резидент одного Договариваемого Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договариваемом Государстве, включая доходы, получаемые вследствие отчуждения такого постоянного представительства (отдельно или вместе с остальным предприятием) или такой постоянной базы, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Доходы резидента Договариваемого Государства от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных морских и воздушных перевозках, речных судов, а также от отчуждения движимого имущества, предназначенного для эксплуатации таких транспортных средств, могут облагаться налогом только в этом Договариваемом Государстве.

4. Доходы от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1–3 настоящей статьи, могут облагаться налогом только в том Договариваемом Государстве, в котором лицо, отчуждающее это имущество, является резидентом.

Статья 14

Доходы от независимых личных услуг

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договариваемого Государства от оказания профессиональных услуг или от прочей деятельности независимого характера, могут

werden, wenn der Person dort für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Dabei können nur die Einkünfte besteuert werden, die dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit, die selbstständig ausgeübte künstlerische Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, im anderen Vertragsstaat nur besteuert werden, wenn die Arbeit dort ausgeübt wird.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbstständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn alle nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Der Empfänger hält sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines beliebigen 12-Monatszeitraums auf, der im betreffenden Steuerjahr beginnt oder endet, und
- b) die Vergütungen werden von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen werden nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen See- und Luftverkehr oder an Bord eines Binnenschiffs ausgeübte unselbstständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist, das diese Transportmittel betreibt.

Artikel 16

Vergütungen für Mitglieder von Aufsichtsräten und Verwaltungsräten

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Einkünfte aus der Tätigkeit der Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als darstellender Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertrags-

obligationsbesteuerung in einem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Person dort für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Dabei können nur die Einkünfte besteuert werden, die dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

2. Das Wort „professionelle Dienstleistungen“ umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit, die selbstständig ausgeübte künstlerische Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Статья 15

Доходы от работы по найму

1. С учетом положений статей 16, 18 и 19 настоящего Соглашения жалованье, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от работы по найму, могут облагаться налогом в другом Договаривающемся Государстве только тогда, когда работа выполняется в нем.

2. Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, если соблюдаются все нижеперечисленные условия:

- a) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году; и
- b) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства; и
- c) расходы по выплате вознаграждений не несут постоянное представительство или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Договаривающемся Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществляется на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемых в международных морских и воздушных перевозках, или на борту речного судна, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором предприятие, эксплуатирующее такие транспортные средства, является резидентом.

Статья 16

Вознаграждения членам наблюдательных советов и советов директоров

Вознаграждения за деятельность в наблюдательных советах или в советах директоров и аналогичные платежи, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 17

Доходы от деятельности артистов и спортсменов

1. Несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в качестве артиста-исполнителя, такого, как артиста театра, кино, радио и телевидения,

staat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft selbst ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler diese Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn ihre Auftritte in diesem Staat ganz oder zu mehr als der Hälfte aus öffentlichen Kassen des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert werden. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Einkünfte aus der Tätigkeit im öffentlichen Dienst

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat in Person seiner Behörden oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für den diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienst gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Dienst in diesem anderen Staat geleistet wird, die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit für einen Vertragsstaat in Person seiner Behörden oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(3) Entschädigungen, die ein Vertragsstaat in Person seiner Behörden oder einer seiner Gebietskörperschaften in Form von Ruhegehältern, Leibrenten und anderen wiederkehrenden oder einmaligen Leistungen für Schäden zahlt, die als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden sind, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches

oder Musikanten, a также в качестве спортсмена от его лично осуществляемой деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. В случае, если доходы от деятельности, лично осуществляемой артистом или спортсменом в таком качестве, начисляются не самому артисту или спортсмену, а иному лицу, то, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, эти доходы могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором артист или спортсмен осуществляет эту свою деятельность.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществляемой артистами или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их выступления в этом Государстве полностью или более чем наполовину финансируются за счет государственных средств другого Договаривающегося Государства или созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, либо учреждением, признанным в этом другом Государстве благотворительной организацией. В таком случае доходы могут облагаться только в том Государстве, в котором артист или спортсмен является резидентом.

Статья 18

Пенсии

С учетом положений пункта 1 статьи 19 настоящего Соглашения пенсии и подобные вознаграждения, выплачиваемые резиденту Договаривающегося Государства за прежнюю работу по найму, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 19

Доходы от деятельности в рамках государственной службы

1. Вознаграждения, включая пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства в лице указанных органов, могут облагаться налогом только в этом Государстве. Эти вознаграждения могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если эта служба осуществляется в этом другом Государстве и физическое лицо является резидентом этого Государства и не является гражданином первого упомянутого Государства.

2. В отношении вознаграждений и пенсий за услуги, оказанные в связи с предпринимательской деятельностью от имени Договаривающегося Государства в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, применяются положения статей 15, 16 и 18 настоящего Соглашения.

3. Компенсационные выплаты, которые Договаривающееся Государство в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, производит в форме пенсии, пожизненной ренты и других периодических или единовременных выплат за ущерб, понесенный вследствие военных действий или политического преследования, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 20

Преподаватели, студенты и другие обучающиеся лица

1. Физические лица, находящиеся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшей школы, школы, музея или какого-либо другого учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рам-

in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei einer dieser Einrichtungen aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Auszubildender, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem in einem Vertragsstaat ansässigen Unternehmen im internationalen See- und Luftverkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Transportmittel dient, können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeldung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Russischen Föderation ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Wenn eine in der Russischen Föderation ansässige Person Einkünfte bezieht oder Vermögen besitzt, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so wird der in der Bundesrepublik Deutschland auf diese Einkünfte oder dieses Vermögen gezahlte Steuerbetrag von der Steuer, die von dieser Person in der Russischen Föderation erhoben wird, abgezogen. Dieser Abzug darf jedoch den Steuerbetrag, der von diesen Einkünften oder diesem Vermögen gemäß den Gesetzen und Vorschriften der Russischen Föderation ermittelt wird, nicht übersteigen.

ках официального культурного обмена в этом Государстве не более двух лет исключительно с целью преподавательской деятельности, чтения лекций или исследовательской работы в одном из перечисленных учреждений и являющиеся резидентами другого Договаривающегося Государства или вплоть до выезда в первое упомянутое Государство являвшиеся таковыми, освобождаются от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения получены из источников за пределами этого Государства.

2. Выплаты, предназначенные для проживания, обучения или подготовки, которые получают студенты, практиканты или учащиеся, находящиеся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью обучения или подготовки и являющиеся резидентами другого Договаривающегося Государства или вплоть до выезда в первое упомянутое Государство являвшиеся таковыми, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Другие доходы

Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые не рассматривались в предыдущих статьях, настоящего Соглашения, могут без учета их происхождения облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 22

Имущество

1. Недвижимое имущество, принадлежащее резиденту одного Договаривающегося Государства и расположенное в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Движимое имущество, представляющее собой активы постоянного представительства, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент одного Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Морские, речные и воздушные суда, эксплуатируемые предприятием, являющимся резидентом Договаривающегося Государства, в международных морских и воздушных перевозках, а также движимое имущество, служащее эксплуатации таких транспортных средств, могут облагаться налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

4. Все другие виды имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 23

Устранение двойного налогообложения

1. Применительно к резидентам Российской Федерации двойное налогообложение устраняется следующим образом:

если резидент Российской Федерации получает доходы или владеет имуществом, которые в соответствии с положениями настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, сумма налога на такие доходы или имущество, уплаченного в Федеративной Республике Германия, будет вычтена из налога, взимаемого с такого лица в Российской Федерации. Такой вычет, однако, не может превышать сумму налога, исчисленного с таких доходов или имущества в соответствии с законодательством и правилами Российской Федерации.

(2) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Die Einkünfte aus der Russischen Föderation sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen dort besteuert werden können, werden von der deutschen Steuer freigestellt, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Für Dividenden gilt die Freistellung nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Russischen Föderation ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von Steuern vom Vermögen werden Beteiligungen freigestellt, wenn deren Dividenden, falls solche gezahlt werden oder gezahlt worden wären, nach dem vorhergehenden Satz freizustellen sind oder wären.

- b) Auf die von den nachstehenden aus der Russischen Föderation stammenden Einkünften und den dort gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Einkommen-, Körperschaft- und Vermögenssteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die russische Steuer angerechnet, die nach russischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;

bb) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;

cc) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

- c) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a werden Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und Gewinne aus der Veräußerung des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte sowie die diesen Gewinnen zugrundeliegenden Vermögenswerte nur dann von der deutschen Steuer ausgenommen, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Russischen Föderation ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten oder aus unter § 8 Absatz 2 dieses Gesetzes fallenden Beteiligungen bezieht.

- d) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus der Russischen Föderation zur Ausschüttung, so schließt Buchstabe a die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,

2. Применительно к резидентам Федеративной Республики Германия двойное налогообложение устраняется следующим образом:

- a) доходы из Российской Федерации, а также расположенные там имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут там облагаться налогом, будут освобождены от обложения германскими налогами, если они не подлежат зачету в соответствии с подпунктом b) настоящего пункта. Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать освобожденные таким образом доходы или имущественные ценности при установлении налоговой ставки.

Для дивидендов освобождение применяется только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компании, являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Российской Федерации, капитал которой принадлежит не менее чем на десять процентов непосредственно германской компании.

Долевые участия освобождаются от обложения налогом на имущество тогда, когда дивиденды по ним в случае, если они выплачиваются или были бы выплачены, подлежат или подлежали бы освобождению согласно положениям предыдущей части настоящего подпункта;

- b) при обложении нижеприведенных доходов, происходящих из Российской Федерации, и расположенных там имущественных ценностей германскими подоходным налогом, налогом с корпораций и налогом на имущество, производится, с учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов, зачет российских налогов, уплаченных в соответствии с российским законодательством и настоящим Соглашением по:

aa) дивидендам, не подпадающим под действие подпункта а) настоящего пункта;

bb) вознаграждениям членам наблюдательных советов и советов директоров;

cc) доходам артистов и спортсменов;

- c) несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, доходы в соответствии со статьями 7 и 10 настоящего Соглашения и прибыль от отчуждения активов постоянного представительства, а также имущественные ценности, лежащие в основе такой прибыли, только тогда исключаются из обложения германскими налогами, если резидент Федеративной Республики Германия приведет доказательство, что постоянное представительство в том хозяйственном (отчетном) году, в котором оно получило прибыль, или компания, являющаяся резидентом Российской Федерации, в том хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределила прибыль, получили свой валовой доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1-6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о внешних налогах, или от долевых участиях, подпадающих под действие пункта 2 параграфа 8 этого Закона;

- d) в случае использования компанией, являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, доходов из Российской Федерации для распределения прибыли положения подпункта а) настоящего пункта не исключают компенсационного обложения налогом с корпораций распределяемой суммы в соответствии с правилами германского налогового законодательства;

- e) несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом b) настоящего пункта:

- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln läßt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder
- bb) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er diesen Unterabsatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

Artikel 24

Steuerliches Diskriminierungsverbot

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige dieses anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt auch für alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem Recht eines der Vertragsstaaten errichtet worden sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 5 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die

aa) если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям Соглашения или причисляются разным лицам (кроме положений статьи 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения, и если ввиду такого различного отношения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не были бы подвергнуты налогообложению или были бы подвергнуты недостаточному налогообложению; или

bb) если одно Договаривающееся Государство после надлежащих консультаций и с учетом ограничений согласно его национальному законодательству, уведомляет другое Договаривающееся Государство дипломатическим путем о других доходах, в отношении которых оно предполагает применять положения настоящего подпункта. Уведомление вступает в действие только с первого дня календарного года, следующего за годом, в котором было передано уведомление и выполнены все условия в соответствии с национальным законодательством передавшего уведомление Государства для вступления его в действие.

Статья 24

Недопущение налоговой дискриминации

1. Граждане одного Договаривающегося Государства не могут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться граждане этого другого Государства при тех же обстоятельствах. Данное положение применяется также ко всем юридическим лицам, простым товариществам и другим объединениям лиц, учрежденным в соответствии с действующим в одном из Договаривающихся Государств законодательством.

2. Налогобложение в отношении постоянного представительства, которое имеет предприятие одного Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся Государстве, не может быть менее благоприятным, чем налогообложение в отношении предприятий другого Договаривающегося Государства, осуществляющих аналогичную деятельность. Это положение не должно истолковываться как обязывающее одно Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства не облагаемые налогом суммы, налоговые льготы или скидки, которые оно предоставляет только своим резидентам.

3. В случаях, когда не подлежат применению положения статьи 9, пункта 5 статьи 11 или пункта 6 статьи 12 настоящего Соглашения, проценты, авторские вознаграждения и лицензионные платежи, а также другие выплаты, которые производит предприятие одного Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этого предприятия на таких же условиях как платежи, предназначенные резиденту первого упомянутого Государства. Соответственно долги, которые это предприятие имеет по отношению к резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемого имущества этого предприятия на тех же условиях, как долги перед резидентом первого упомянутого Государства.

4. Предприятия одного Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично, прямо или косвенно принадлежит резиденту другого Договаривающегося Государства или нескольким таким лицам, или контролируется ими, не могут подвергаться в первом упомянутом Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству,

Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie die in diesem Abkommen enthaltenen Regelungen für den Steuerabzug an der Quelle durchzuführen sind.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться аналогичные предприятия первого упомянутого Государства.

Статья 25

Взаимосогласительная процедура

1. Если лицо считает, что действия одного или обоих Договаривающихся Государств приводят или приведут к налогообложению в отношении его, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, независимо от средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу Договаривающегося Государства, в котором оно является резидентом. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действии, приводящем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

2. Если компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии придти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутое путем согласования урегулирование должно выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранять по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении Соглашения. Они могут также консультироваться о том, каким образом может быть достигнуто избежание двойного налогообложения в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств принимают по взаимному согласию решения о том, как реализовать предусмотренные настоящим Соглашением нормы, касающиеся удержания налогов у источника.

5. Компетентные органы Договаривающихся Государств в целях достижения согласия в соответствии с положениями предыдущих пунктов настоящей статьи могут вступать в непосредственные контакты друг с другом.

Статья 26

Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статьи 1 настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимся Государством информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, принудительным взысканием или уголовным преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам в отношении налогов, подпадающих под действие настоящего Соглашения. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

(3) Soweit aufgrund dieses Abkommens und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse an der Versagung der Auskunft das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand Infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не должны истолковываться как обязывающие Договаривающееся Государство:

- a) проводить административные мероприятия, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- b) предоставлять информацию, которая в соответствии с законодательством или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;
- c) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, промышленную, предпринимательскую или профессиональную тайну либо торговый процесс, или предоставление которой противоречило бы государственной политике.

3. Если на основании настоящего Соглашения и согласно национальному законодательству передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых норм каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения:

- a) использование сведений получателем допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением;
- b) получатель ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе о применении переданных сведений и полученных с их помощью результатах;
- c) сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительного согласия передающего учреждения;
- d) передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если оказывается, что были переданы неверные сведения или сведения, не подлежащие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить получателя. Он обязан подвергнуть их исправлению или уничтожению;
- e) по заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его сведений, а также о предполагаемых целях их использования. Выдача справки не обязательна, если государственные интересы в отказе в выдаче справки преобладают над интересами соответствующего лица в ее получении. В остальном права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка;
- f) если кому-либо был противоправно нанесен ущерб вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по настоящему Соглашению, ответственность в связи с этим несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отношении понесшего ущерб лица ссылаться себе в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим учреждением;
- g) если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении переданных сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это получателю. Независимо от этого законодательства, переданные сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они не требуются более для целей, для которых они были переданы;

- h) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- h) Договаривающиеся Государства обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц;
- i) передающее и принимающее учреждения обязаны охранять переданные в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их изменения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

Artikel 27

Diplomatische und konsularische Vorrechte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen sowie deren Mitgliedern und den Familienangehörigen der Mitglieder nach den Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 24. November 1981 der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation außer Kraft

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das dem Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 29

Geltungsdauer

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die

Статья 27

Дипломатические и консульские привилегии

Положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий, предоставляемых дипломатическим представительствам и консульским учреждениям, а также их сотрудникам и членам семей сотрудников в соответствии с нормами международного права или на основании специальных соглашений.

Статья 28

Вступление в силу

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации. Обмен ратификационными грамотами состоится в возможно короткий срок.

2. Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами и его положения будут применяться:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов с дивидендов, процентов и авторских вознаграждений и лицензионных платежей – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступает в силу;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступает в силу.

3. С вступлением настоящего Соглашения в силу в отношениях между Федеративной Республикой Германия и Российской Федерацией Соглашение Федеративной Республики Германия и Союза Советских Социалистических Республик об избежании двойного налогообложения доходов и имущества, подписанное 24 ноября 1981 года, утрачивает силу:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов с дивидендов, процентов и авторских вознаграждений и лицензионных платежей – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступает в силу;
- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступает в силу.

Статья 29

Срок действия

Настоящее Соглашение остается в силе на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года. В таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

- a) в отношении удерживаемых у источника налогов с дивидендов, процентов и авторских вознаграждений и лицен-

am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

сионных платежей – к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;

- b) в отношении прочих налогов – к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

Geschehen zu Moskau am 29. Mai 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Совершено в Москве 29 мая 1996 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Ernst Jörg v. Studnitz
Theodor Waigel

Für die Russische Föderation
За Российскую Федерацию
Kadannikow

Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Russische Föderation

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 29. Mai 1996 in Moskau die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu Artikel 2

Es besteht Einvernehmen darüber, daß dieses Abkommen auf die in Artikel 2 aufgezählten Steuern angewendet wird, die auf Bundesebene, regionaler und örtlicher Ebene erhoben werden.

2. Zu Artikel 7

a) Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur solche Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten selbst sind. Gewinne, die aus einer mit diesen Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden oder davon unabhängig erfolgten Warenlieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person herrühren, sind der Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.

b) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die auf Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie technische Dienstleistungen entfallen, die sie in diesem Vertragsstaat erbringt und die im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte stehen, werden dieser Betriebsstätte nicht zugerechnet.

3. Zu den Artikeln 7 und 9

Es gilt als vereinbart, daß Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, an der eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person beteiligt ist, unabhängig davon, ob diese Zinsen an eine Bank oder eine andere Person gezahlt werden, und unabhängig von der Laufzeit des Darlehens bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns dieser Gesellschaft im erstgenannten Staat unbeschränkt abzugsfähig sind. Dieser Abzug darf aber nicht den Betrag übersteigen, den unabhängige Unternehmen miteinander unter vergleichbaren Umständen vereinbaren würden. Entsprechendes gilt für Kosten der Werbung. Die vorstehenden Regelungen gelten auch für Zinsen und Kosten der Werbung, die von einer Betriebsstätte gezahlt werden.

4. Zu Artikel 10

Auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland umfaßt der Ausdruck „Dividenden“ auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

5. Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können Einkünfte, die aus einem Vertragsstaat stammen, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden, wenn sie

a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte ei-

Протокол

Федеративная Республика Германия
и
Российская Федерация

при подписании Соглашения между обоими Государствами об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество, состоявшегося 29 мая 1996 года в Москве, согласились о нижеследующих положениях, которые являются неотъемлемой частью Соглашения:

1. К статье 2

Считается согласованным, что Соглашение применяется к упомянутым в статье 2 налогам, установленным на федеральном, региональном и местном уровнях.

2. К статье 7

a) К строительной площадке или объекту монтажа в Договариваемом Государстве, в котором находится постоянное представительство, могут быть отнесены лишь те суммы прибыли, которые вытекают непосредственно из этой деятельности. Суммы прибыли, получаемые от поставки товаров, произведенных в связи с этой деятельностью или без всякого отношения к ней головным подразделением либо другим постоянным представительством предприятия или третьим лицом, не подлежат отнесению к строительной площадке или объекту монтажа;

b) Доходы резидента Договариваемого Государства, связанные с осуществлением им в этом Договариваемом Государстве проектных, проектно-конструкторских или научно-исследовательских работ, а также технических услуг, связанных с постоянным представительством в другом Договариваемом Государстве, не относятся к этому постоянному представительству.

3. К статьям 7 и 9

Считается согласованным, что суммы процентов, которые выплачивает компания, являющаяся резидентом одного Договариваемого Государства и в которой участвует резидент другого Договариваемого Государства, подлежат неограниченному вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этой компании в первом упомянутом Государстве, независимо от того, выплачиваются ли эти суммы процентов банку или другому лицу, и независимо от срока действия ссуды. Такой вычет, однако, не может превышать сумм, которые согласовывались бы независимыми предприятиями при сопоставимых условиях. Соответствующее положение применяется к издержкам на рекламу. Предыдущие положения также распространяются на суммы процентов и издержки на рекламу, выплачиваемые постоянным представительством.

4. К статье 10

Применительно к Федеративной Республике Германия термин „дивиденды“ включает также доходы негласного участника от его долевого участия как такового и выплаты по сертификатам паевого инвестиционного фонда.

5. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения указанных статей, доходы, возникающие в Договариваемом Государстве, могут облагаться налогом в соответствии с законодательством этого Государства, если они:

a) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли (применительно к Фе-

nes stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung, der Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) beruhen und

- b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners dieser Einkünfte abzugsfähig sind.

6. Zu Artikel 15

Es besteht Einvernehmen, daß ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 15 Vergütungen, die von einer öffentlichen Kasse in der Bundesrepublik Deutschland an in die Russische Föderation entsandte Mitarbeiter des Goethe-Instituts oder des Deutschen Akademischen Austauschdienstes gezahlt werden, nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können. Werden diese Vergütungen dort nicht besteuert, so gilt Artikel 15. Die zuständigen Behörden können die sinngemäße Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf Vergütungen vereinbaren, die an Personen gezahlt werden, die durch vergleichbare Einrichtungen der Vertragsstaaten entsandt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen von Hilfsprogrammen der Bundesrepublik Deutschland, eines ihrer Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften ausschließlich aus deren Mitteln an Personen gezahlt werden, die in die Russische Föderation entsandt worden sind, wenn diese Programme mit den entsprechenden russischen Behörden der Staatsgewalt oder der Verwaltung oder der örtlichen Selbstverwaltung vereinbart worden sind.

7. Zu Artikel 25

- a) Beide Vertragsstaaten sind sich darüber einig, daß eine Anwendung des Artikels 24 auch bei Steuern erfolgt, die nicht in Artikel 2 aufgeführt sind, und daß etwaige Probleme hierbei nach dem in Artikel 25 vorgesehenen Verfahren behandelt werden.
- b) Jeder Vertragsstaat wird Verfahren dafür schaffen, daß bei Einkünften, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, die Zahlung ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen kann, der im Abkommen vorgesehen ist. Wenn bei Zahlungen in diesen Fällen eine höhere Steuer einbehalten worden ist, als dieses Abkommen vorsieht, wird der Unterschiedsbetrag innerhalb eines Jahres nach Eingang des hierfür notwendigen Antrags erstattet.

деративной Республике Германия включая доходы негласного участника, получаемые им от долевого участия как такового, доходы от ссуд, содержащих право на участие в прибыли, и облигаций с правом на участие в прибыли) и

- b) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика этих доходов.

6. К статье 15

Считается согласованным, что несмотря на положения статьи 15, вознаграждения, выплачиваемые за счет государственных средств в Федеративной Республике Германия сотрудникам Института имени Гете или Академической службы "Дойчер академишер аустаушдинст", направленным в Российскую Федерацию, могут облагаться налогом только в Федеративной Республике Германия. Если указанные вознаграждения не облагаются там налогом, то применяются положения статьи 15. Компетентные органы могут согласовать адекватное применение указанных положений к вознаграждениям, выплачиваемым лицам, направляемым аналогичными учреждениями Договаривающихся Государств.

Положения настоящего пункта Протокола применяются также к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках осуществления программ технической помощи Федеративной Республикой Германия, одной из ее земель или одним из их территориально-административных образований исключительно за счет своих средств лицам, направленным в Российскую Федерацию, если такие программы согласованы с соответствующими российскими органами государственной власти или управления либо органами местного самоуправления.

7. К статье 25

- a) Договаривающиеся Государства едины в том, что положения статьи 24 применяются также к налогам, не указанным в статье 2, и что возможные проблемы при этом рассматриваются согласно процедуре, предусмотренной положениями статьи 25;
- b) Каждое Договаривающееся Государство разработает процедуры, обеспечивающие выплату доходов без удержания либо с удержанием суммы налога, предусмотренной Соглашением, применительно к доходам, не подлежащим налогообложению согласно положениям его статей 10, 11 и 12 или подлежащим сниженному налогообложению в государстве-источнике этого дохода. Если при таких выплатах была удержана более высокая сумма налога, чем предусмотренная Соглашением, то излишняя сумма возвращается в течение одного года со дня поступления заявления, требующегося для этих целей.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Ernst Jörg v. Studnitz
Theodor Waigel

Für die Russische Föderation
За Российскую Федерацию
Kadannikow

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das am 29. Mai 1996 in Moskau unterzeichnete deutsch-russische Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen löst das alte, noch mit der ehemaligen Sowjetunion abgeschlossene und im Verhältnis zur Russischen Föderation bisher noch weitergeltende Abkommen vom 24. November 1981 ab. Dieses Abkommen war durch die in der Russischen Föderation eingetretenen politischen, wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Entwicklungen überholt und mußte deshalb durch einen modernen und den Anforderungen der gegenwärtigen Verhältnisse besser angepaßten Vertrag ersetzt werden. Dieser Vertrag soll auch die bisher bestehenden Unsicherheiten über die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten beseitigen und damit eine sichere Grundlage für die steuerlichen Aspekte bei zukünftigen Investitionen bieten. Er entspricht darüber hinaus mehr als das bisherige Abkommen dem OECD-Musterabkommen und trägt damit auch zu einer Vereinheitlichung auf diesem Gebiet bei.

Das Protokoll mit einigen das Abkommen ergänzenden Regelungen ist Bestandteil des Abkommens.

Dem OECD-Musterabkommen folgend regeln die Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Vertragswerks sowie die für die Anwendung des Abkommens wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 weisen dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Besteuerungsrechte für die einzelnen Einkunftsarten und das Vermögen zu. Artikel 23 enthält Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung durch den Wohnsitzstaat für die dem Quellen- oder Belegenheitsstaat zur Besteuerung belassenen Einkünfte und Vermögenswerte. Die Artikel 24 bis 29 regeln den Schutz vor Diskriminierung, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und die Geltungsdauer des Abkommens und andere Fragen. Das Protokoll zum Abkommen enthält Vorschriften, die die Abkommensregelungen ergänzen oder erläutern bzw. deren Anwendung in der Praxis erleichtern sollen.

II. Zu den einzelnen Abkommensregelungen

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen Anwendung findet (Subjektiver Geltungsbereich).

Artikel 2

Dieser Artikel bezeichnet die Steuern, die unter das Abkommen fallen (Objektiver Geltungsbereich). Nummer 1 des Protokolls zum Abkommen stellt klar, daß es dabei keine Rolle spielt, auf welcher Ebene die Steuern erhoben werden.

Artikel 3

Dieser Artikel enthält in Absatz 1 allgemeine Definitionen für einige im Abkommen verwendete Begriffe, die für die Anwendung des Abkommens von besonderer Bedeutung sind.

Absatz 2 enthält die übliche Regel, daß im Abkommen nicht definierte Begriffe nach dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats auszulegen sind, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert.

Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt den für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgeblichen Begriff der Ansässigkeit. Nach Absatz 1 wird hierbei grundsätzlich an das innerstaatliche Recht der Vertragsstaaten angeknüpft. Fälle der Doppelansässigkeit werden nach bestimmten Merkmalen der Absätze 2 und 3 geregelt, so daß im Ergebnis für die Abkommensanwendung stets nur einer der Staaten als Ansässigkeitsstaat gilt.

Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt den Begriff der Betriebsstätte, der die Grundlage der Besteuerung gewerblicher Einkünfte bildet.

In Absatz 1 wird der Begriff „Betriebsstätte“ allgemein umschrieben. Eine beispielhafte Aufzählung von typischen Betriebsstätten erfolgt in Absatz 2. Bauausführungen und Montagen gelten nach Absatz 3 nur dann als Betriebsstätten, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet. Absatz 4 enthält eine Negativabgrenzung des Betriebsstättenbegriffs. Die Absätze 5 bis 7 regeln weitere Abgrenzungsvorschriften, die auch im OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Artikel 6

Absatz 1 bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen im Belegenheitsstaat besteuert werden können. Absatz 3 stellt klar, daß auch die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung und Verpachtung oder sonstigen Nutzung zu den Einkünften aus unbeweglichem Vermögen im Sinne dieses Artikels gehören. Die vorgenannten Regelungen gelten nach Absatz 4 auch für Betriebsgrundstücke. Absatz 2 enthält eine Definition des Begriffs „unbewegliches Vermögen“.

Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Gewinne aus Gewerbebetrieb. Absatz 1 enthält das Betriebsstättenprinzip, nach dem ein Vertragsstaat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen Vertragsstaats nur insoweit besteuern darf, als der Gewinn durch eine in

seinem Gebiet gelegene Betriebsstätte erzielt wird. Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung von Betriebsstättengewinnen. Die Nummern 2 und 3 des Protokolls zum Abkommen enthalten hierzu einige ergänzende Vorschriften; insbesondere das Verbot der Liefergewinnbesteuerung und den Grundsatz der unbeschränkten Abzugsfähigkeit von Zinsen und Kosten für Werbung. Eine entsprechende Regelung für Löhne war durch zwischenzeitliche Gesetzesänderungen in der Russischen Föderation entbehrlich geworden. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Besteuerung von Unternehmensgewinnen zur Besteuerung anderer Einkünfte.

Artikel 8

Absatz 1 dieses Artikels bestimmt, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr abweichend vom Betriebsstättenprinzip nur in dem Vertragsstaat besteuert werden dürfen, in dem die Person ansässig ist, die diese Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibt. Entsprechendes gilt für den Betrieb von Binnenschiffen. Absatz 2 stellt klar, daß zu den Einkünften im Sinne dieses Artikels unter bestimmten Voraussetzungen auch Einkünfte aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern gehören.

Artikel 9

Dieser Artikel stellt klar, daß das Abkommen einer Berichtigung von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht.

Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Dividenden.

Nach Absatz 1 kann der Staat, in dem die Dividenden ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, diese Dividenden besteuern. Die Quellensteuer darf aber grundsätzlich 15 v.H. des Bruttobetrags der Dividendenzahlungen nicht übersteigen. Wenn der bezugsberechtigte Anteilseigner jedoch eine Gesellschaft ist, die über mindestens 10 v.H. des Grund- oder Stammkapitals der ausschüttenden Gesellschaft verfügt und dieser Kapitalanteil einen Wert von mindestens 160 000 DM hat, ist der Quellensteuersatz auf 5 v.H. des Bruttobetrags der Dividenden beschränkt. Die Quellensteuer wird nach Nummer 5 des Protokolls zum Abkommen nicht begrenzt, soweit Zahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Absatz 2 bestimmt den Begriff der Dividenden im einzelnen. Nummer 4 des Protokolls zum Abkommen ergänzt diese Definition auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland um Einkünfte eines stillen Gesellschafters und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen. Die Absätze 3 und 4 enthalten neben dem Betriebsstättenvorbehalt ergänzende Bestimmungen, wie sie auch nach dem OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Artikel 11

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen.

Nach Absatz 1 können Zinsen nur in dem Staat besteuert werden, in dem der nutzungsberechtigte Gläubiger der Zinsen ansässig ist. Das Besteuerungsrecht des Quellen-

staats lebt jedoch nach Nummer 5 des Protokolls zum Abkommen wieder auf, wenn die Zinszahlungen auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung beruhen und sich bei der Gewinnermittlung des Schuldners gewinnmindernd auswirken.

Die Absätze 2 bis 5 enthalten die Definition des Zinsbegriffs, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Vorschrift zur Vermeidung einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Abkommensvorteilen bei der Zinsbesteuerung und andere ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Musterabkommen entsprechen.

Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

Nach Absatz 1 können Lizenzgebühren nur in dem Staat besteuert werden, in dem der nutzungsberechtigte Gläubiger der Lizenzgebühren ansässig ist.

Die Absätze 2 bis 6 enthalten die Definition des Begriffs „Lizenzgebühren“, den Betriebsstättenvorbehalt, eine Mißbrauchsvermeidungsvorschrift und andere dem OECD-Musterabkommen entsprechende, ergänzende Bestimmungen.

Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Nach Absatz 4 ist das Besteuerungsrecht für Veräußerungsgewinne grundsätzlich allein dem Ansässigkeitsstaat vorbehalten. Der Belegenheitsstaat hat jedoch nach den Absätzen 1 und 2 das Besteuerungsrecht für die Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen und von beweglichem Betriebsvermögen einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung.

Bei der Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Binnenschiffen oder von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, wird nach Absatz 3 an die Regeln zur Besteuerung der laufenden Einkünfte angeknüpft. Hiernach hat ausschließlich der Staat das Besteuerungsrecht, in dem die Person ansässig ist, die diese Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibt.

Artikel 14

Nach Absatz 1 steht das Besteuerungsrecht für Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Nur soweit Einkünfte in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort belegene feste Einrichtung erzielt werden, hat der Tätigkeitsstaat ein Besteuerungsrecht. Absatz 2 enthält die Definition des Ausdrucks „freier Beruf“.

Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit. Grundsätzlich hat hierfür nach Absatz 1 der Tätigkeitsstaat das Besteuerungsrecht. Werden jedoch Arbeitnehmer inländischer Unternehmen nur kurzfristig im anderen Vertragsstaat tätig, wird der vorstehende Grundsatz durch Absatz 2 unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten des Wohnsitzstaats eingeschränkt. Für das Bordpersonal von Schiffen und Luftfahr-

zeugen im internationalen Verkehr wird nach Absatz 3 an den Sitz des Unternehmens angeknüpft.

Abweichend von den Grundsätzen dieses Artikels sieht die Nummer 6 des Protokolls zum Abkommen ein ausschließliches Besteuerungsrecht der Bundesrepublik Deutschland für in die Russische Föderation entsandte Mitarbeiter des Goethe-Instituts sowie des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und für Personen vor, die im Rahmen von Hilfsprogrammen dorthin entsandt werden.

Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Artikel 17

Dieser Artikel befaßt sich mit der Besteuerung von Künstlern und Sportlern.

Nach Absatz 1 können Künstler und Sportler in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben. Dies gilt nach Absatz 2 auch für Einkünfte, die nicht oder nicht unmittelbar dem Künstler oder Sportler selbst zufließen. Absatz 3 schließt das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats aus, wenn der Auftritt des Künstlers oder Sportlers in dem Tätigkeitsstaat ganz oder zu mehr als der Hälfte durch den anderen Staat oder eine gemeinnützige Organisation des anderen Staates finanziert wird.

Artikel 18

Dieser Artikel weist das alleinige Besteuerungsrecht für Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen dem Wohnsitzstaat zu.

Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Einkünften aus der Tätigkeit im öffentlichen Dienst.

Nach Absatz 1 kann grundsätzlich nur der Kassenstaat diese Vergütungen besteuern. Dies gilt auch dann, wenn die Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Eine Besteuerung durch den Tätigkeitsstaat ist nur zulässig, wenn der Vergütungsempfänger in diesem anderen Staat ansässig und kein Staatsangehöriger des Kassenstaats ist. Entsprechendes gilt für Ruhegehälter, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden.

Absatz 2 stellt klar, daß für Vergütungen für unselbständige Arbeit im Zusammenhang mit gewerblicher Tätigkeit eines Vertragsstaats die allgemeinen Regeln des Abkommens gelten.

Nach Absatz 3 gilt das Kassenstaatsprinzip auch für Kriegerrenten und ähnliche Zahlungen.

Artikel 20

Zur Förderung des Austauschs von Lehrkräften werden nach Absatz 1 Tätigkeitsvergütungen im Gaststaat während der ersten zwei Aufenthaltsjahre nicht besteuert, wenn die Vergütungen aus Quellen außerhalb des Tätigkeitsstaats bezogen werden.

Personen, die in Ausbildung stehen, werden nach Absatz 2 bezüglich der aus ausländischen Quellen stammenden Unterhaltszahlungen im Gaststaat nicht besteuert.

Artikel 21

Nach diesem Artikel können alle nicht ausdrücklich im Abkommen genannten Einkünfte grundsätzlich nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden.

Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens. Nach Absatz 4 hat grundsätzlich der Ansässigkeitsstaat das alleinige Besteuerungsrecht. Unbewegliches Vermögen und bewegliches Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, darf jedoch nach den Absätzen 1 und 2 im Belegenheitsstaat besteuert werden. Seeschiffe, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen nach Absatz 3 nur in dem Staat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist, das diese Schiffe oder Luftfahrzeuge betreibt.

Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten behebt, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Nach Absatz 2 Buchstabe a vermeidet die Bundesrepublik Deutschland eine Doppelbesteuerung bei den wichtigsten Einkünften, wie z.B. Einkünften aus einer Betriebsstätte in der Russischen Föderation und Dividendenausschüttungen einer russischen Gesellschaft bei einer Mindestbeteiligung von 10 v.H., durch Freistellung unter Progressionsvorbehalt. Entsprechendes gilt für die Vermögensteuer.

Bei Einkünften, die nicht nach Absatz 2 Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt werden, wie z.B. Divиденденbezüge aus im Streubesitz gehaltenen Anteilen, wird die Doppelbesteuerung nach Absatz 2 Buchstabe b durch Anrechnung der russischen Steuer auf die deutsche Steuer vermieden.

Absatz 2 Buchstabe c sieht statt der Freistellungsmethode des Absatzes 2 Buchstabe a die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b vor, wenn die Einkünfte nicht nachweislich aus aktiver Tätigkeit stammen.

Nach Absatz 2 Buchstabe e kann die Bundesrepublik Deutschland bei Anwendung des Abkommens im Interesse der Vermeidung einer doppelten Steuerbefreiung oder einer ungerechtfertigten Inanspruchnahme des Abkommens von der Freistellung der Einkünfte zur Anrechnung der russischen auf die deutschen Steuern übergehen.

Absatz 2 Buchstabe d stellt klar, daß die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach deutschem Recht abkommenskonform ist, wenn Ausschüttungen aus russischen Quellen erfolgen.

Die Russische Föderation behebt nach Absatz 1 die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögen durch Anrechnung der deutschen auf die russischen Steuern.

Artikel 24

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern. Durch Nummer 7 des Protokolls zum Abkommen wird diese Vorschrift noch dahingehend ergänzt, daß das Diskriminierungsverbot auch für andere als die in Artikel 2 aufgeführten Steuern gilt.

Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeldung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen.

Absatz 4 dieses Artikels schreibt in Verbindung mit Nummer 7 des Protokolls zum Abkommen die verfahrensmäßigen Regelungen zur Durchführung der Quellensteuerbegrenzungen vor.

Artikel 26

Dieser Artikel regelt in den Absätzen 1 und 2 den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten entsprechend Artikel 26 des OECD-Musterabkommens.

Absatz 3 enthält einige zusätzliche Vorschriften zur Beachtung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung (sog. Datenschutzklausel).

Artikel 27

Dieser Artikel bestimmt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Artikel 28

Dieser Artikel regelt in den Absätzen 1 und 2 die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Hiernach ist das Abkommen in beiden Staaten erstmals für das dem Jahr des Inkrafttretens folgende Jahr anzuwenden. Zeitgleich mit der ersten Anwendung dieses Abkommens wird nach Absatz 3 die Anwendung der Vorschriften des alten, mit der Sowjetunion abgeschlossenen Abkommens vom 24. November 1981 im Verhältnis zur Russischen Föderation beendet.

Artikel 29

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine mögliche Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

27.09.96

Stellungnahme **des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 29. Mai 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Der Bundesrat hat in seiner 702. Sitzung am 27. September 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.